



Inhaltsverzeichnis

04.03.2026	NDR: Wirtschaft im Norden warnt vor Aus für Deponie Ihlenberg	3
06.03.2026	Mindener Tageblatt: Petershagen bleibt im Suchverfahren	5
06.03.2026	Elbe-Jeetzel-Zeitung: Endlagersuche: Zielmarke 2031 wird wohl gestrichen	7
05.03.2026	FOCUS ONLINE: Deutschlands wahrer Atomausstieg wird noch bis 2100 dauern	8

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV



NDR

Wirtschaft im Norden warnt vor Aus für Deponie Ihlenberg

4. März 2026 09:48 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die **Wirtschaft** in Norddeutschland warnt vor der geplanten Schließung der Sondermüll-Deponie Ihlenberg Ende 2035. Für die Anlage gebe es bis dahin keinen Ersatz, die **Industrie** im ganzen Norden sei aber auf ihre Kapazitäten angewiesen, heißt es vom Zusammenschluss der Entsorgungsunternehmen.

Ende 2035 will die Landesregierung die landeseigene Sondermüll-Deponie Ihlenberg (Landkreis Nordwestmecklenburg) dichtmachen. Nach Jahrzehnten soll dann Schluss sein mit der Einlagerung von jährlich zwischen 300.000 und 400.000 Tonnen teils giftigen Sondermülls. "Jetzt sind andere Bundesländer dran", sagte Umweltminister Till Backhaus (SPD) noch im vergangenen Dezember im Landtag. Der Sozialdemokrat bekräftigte auf NDR Anfrage einen Regierungsentscheid aus dem Herbst 2019, wonach die Deponie Ende 2035 für die sogenannten DK-III-Abfälle schließt. Für anderen und weniger belasteten Müll soll sie offen bleiben, möglicherweise sogar weit nach 2051. Was sind DK-III-Deponien? Die Deponieklasse III bezeichnet Deponien für gefährliche Abfälle, die oberirdisch gelagert werden. Darunter fallen Abfälle, die beispielsweise aufgrund ihrer Schadstoffbelastung als gefährlich eingestuft werden. Eine Lagerung dieser Art von Abfällen erfordert spezielle technische Anforderungen an die Abdichtung der Deponie, beispielsweise mit einer Kunststoff- oder Asphaltabdichtung, sowie eine spezielle Wasserableitung und entsprechende Kontrollmechanismen.

Keine Alternativen

Allerdings gibt es im Norden bisher keine Planungen für einen DK-III-Ersatz. Darauf verweist der Entsorgungsgemeinschaft (EG) Nord, ein Zusammenschluss von mehr als 100 Abfall-Betrieben in den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Brandenburg und **Mecklenburg-Vorpommern**. Bis im Norden eine neue vergleichbare Sondermüll-Deponie entstehen könne, würden mindestens 15 Jahre vergehen, teilte die EG Nord mit. Und ein neuer Standort in Berlin/ Brandenburg sei keine Alternative, da diese Deponie nur den Müll der beiden beteiligten Bundesländer aufnehmen werde.

Land soll Aus überdenken

EG-Nord Geschäftsführer Thomas Prenzer warnt die Länder vor einem Entsorgungsnotstand und einem Standortnachteil. Für die **Wirtschaft** wäre es zu teuer und auch ökologisch bedenklich, den Sondermüll in südliche Bundesländer zu bringen, erklärte Prenzer. Zumal zweifelhaft sei, ob diese den Müll aus dem

Norden überhaupt einlagern wollten, denn auch die würden "planvoll und sorgsam" mit ihren Deponiekapazitäten umgehen. Die Entsorger fordern das Land auf, seinen Beschluss zur Schließung zu überdenken.

Gutes Geschäft fürs Land

Die Deponie Ihlenberg sei eine der modernsten Deponien in Europa. "Warum solle man diese bestehende Infrastruktur einfach aufgeben, um an anderen Stellen etwas Neues zu implementieren?", fragt die EG Nord. Die Deponie dicht zu machen, wäre auch ein Minusgeschäft für den Landeshaushalt. Bisher verdient das Land an dem Müll-Geschäft. Auch in den nächsten Jahren werden Gewinne von vier Millionen Euro jährlich erwartet. Das Geld soll für die Nachsorge und die Renaturierung eingesetzt werden.

Petershagen bleibt im Suchverfahren

Der Kreis informiert über den aktuellen Stand der bundesweiten Prüfung zu Atommüllendlagern. Entscheidende Weichenstellungen werden für 2026 und 2027 erwartet.

Petershagen. Seit 2017 läuft in Deutschland das Verfahren zur Suche nach einem dauerhaften Standort für hochradioaktiven Atommüll. Am Ende sollen wenige geeignete Standortregionen stehen, die den Müll für Hunderttausende Jahre sicher einschließen können. Einige Flächen im Kreis Minden-Lübbecke sind bereits ausgeschlossen, weite Teile des Gebiets der Stadt Petershagen kommen jedoch weiterhin infrage. Über den aktuellen Stand informierte nun Beatrix Aden vom Bau- und Planungsamt des Kreises im Umwelt- und Planungsausschuss.

Für das Atommüll-Endlager werden geeignete Wirtsgesteine wie Steinsalz, Tongestein und Kristallingestein untersucht. Der Prozess ist mehrstufig, wissenschaftsbasiert und bundesweit angelegt. Zuständig für die Durchführung ist die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), begleitet unter anderem vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), dem Nationalen Begleitgremium (NBG) sowie dem Planungsteam Forum Endlagersuche (PFE). Aktuell wird der hochradioaktive Abfall noch in 16 Zwischenlagern aufbewahrt; ein bekanntes Lager befindet sich in Ahaus.

Gestartet sei man 2017 „mit einer weißen Karte“, erläuterte Aden. Diese werde nach und nach farbiger und erhalte je nach Eignung die Prädikate A (hoch) bis D (gering). Im Kreisgebiet dominierten derzeit die Kategorien C und D. 90 Teilgebiete sollen am Ende bundesweit näher begutachtet werden. 54 Prozent der Landesfläche in Deutschland seien bereits untersucht, „richtig spannend wird es Ende 2026 bis Anfang 2027“, so Aden. Denn bis Ende 2027 sollen die

Regionen für eine mögliche dauerhafte Lagerung feststehen.

Wie vielschichtig das Verfahren ist, zeigt schon die Zahl der Beteiligten. Neben BGE, BASE, NBG und PFE befassen sich auch die Kreise regelmäßig mit dem Thema. Im Kreis Minden-Lübbecke gebe es monatliche Sitzungen. Großer Wert werde dabei auf die Einbindung junger Menschen gelegt.

Gesucht wird eine günstige geologische Gesamtsituation, die eine sichere Endlagerung hochradioaktiver Abfälle erwarten lässt. Der Kreis Minden-Lübbecke liegt in Teilgebieten, die aufgrund ihrer geologischen Gegebenheiten weiter untersucht werden – insbesondere Tongestein und Steinsalzlagerstätten. Ausgeschlossen sind etwa Gebiete mit vulkanischer Aktivität und Bergbau, als gering geeignet gelten Regionen mit ungünstiger tektonischer Gesamtsituation. Während 2024 zunächst nur 18 Prozent der Flächen ausgeschlossen worden waren, galten 2025 bereits 53 Prozent als ungeeignet oder gering geeignet. Große Flächen in Nordrhein-Westfalen sind bislang noch nicht untersucht, darunter auch Porta Westfalica und Rahden.

Im Gebiet von Petershagen sind es vor allem die Bereiche Lahde, Frille und Quetzen sowie Meßlingen, Südfelde und Friedewalde, die weiter betrachtet werden. Zunächst sind oberirdische Begutachtungen vorgesehen, später sollen auch Bohrungen folgen. In der Diskussion ist, ober- und unterirdische Erkundungen zusammenzulegen; eine mögliche Gesetzesänderung könnte dies Ende des Jahres regeln. Am En-

de soll ein möglichst genaues Bild des Untergrunds stehen.

Vom Ministerium habe der Kreis bislang keine konkreten Aussagen erhalten. „Wir stehen allein auf weiter Flur“, kritisierte Aden. Im Bau- und Planungsamt arbeiteten Stadtplaner, keine Geologen. Von daher benötige man Unterstützung bei der Begleitung des komplexen Verfahrens. Das Geologische Amt sei bereits eingeschaltet.

Die Suche nach einem Endlager ist nicht nur ein politischer, sondern vor allem ein wissenschaftlicher Kraftakt. Das Endlager muss hochradioaktive Abfälle über sehr lange Zeiträume sicher einschließen. Entscheidend sind stabile, möglichst wasserundurchlässige Gesteinsformationen. Klüfte, Störungen oder wasserführende Schichten können ein Ausschlusskriterium darstellen.

Wilfried Ernsting (Grüne) verwies in der Sitzung auf zwei Störungen im Untergrund, die Loccumer und die Quetzer Störung. Diese seien wasserdurchlässig – und damit ein Ausschlusskriterium für die Endlagerung. Der tonige Untergrund passe zwar grundsätzlich zum gesuchten Profil, die Klüftungen hingegen weniger. Zugleich räumte er ein, dass es nicht einfach sei, bundesweit einen geeigneten Standort zu finden. Die zuständige Bundesgesellschaft für Endlagerung suche gezielt nach Landstrichen mit geringer Bevölkerungsdichte – wie in Petershagen der Fall, vermutet er. Er rät dazu, aktiv dagegen anzugehen. „Wir wollen es hier nicht haben“, so Ernsting. Auch Helma Owczarski (SPD) äußerte Bedenken. Die Lage nahe Niedersachsen sei problematisch. „Wir müssen aufpassen.“ Petershagen

liege weit entfernt von den Großstädten. Daher befürchte sie, dass sich für diese Randlage niemand interessiere.

Fest steht: Das Verfahren läuft weiter, die Bewertungen werden präziser, und bis spätestens Ende 2027 sollen die möglichen Standortregionen feststehen. Für Petershagen bedeutet das, dass die Region weiterhin im Blick der Fachleute bleibt – und dass die Diskussi-

on vor Ort noch lange nicht abgeschlossen ist.

Derweil ist das Thema Endlagersuche auf einem neuen Stand. In der Sitzung sprach Beatrix Aden an, dass der Zeitpunkt bis zum kompletten Abschluss der Standortsuche – ursprünglich das Jahr 2031 – aktuell auf der Kippe stehe. Die Rede sei nun vielmehr vom Jahr 2046, auch schon von 2074 war die Rede. Nun liegt ein Referentenentwurf

vor, in dem kein konkretes zeitliches Ziel mehr genannt wird. Das Bundesumweltministerium beabsichtigt aber, das entsprechende Gesetz zu überarbeiten. Ziel sei es, die Suche bis Mitte des Jahrhunderts abzuschließen.

Die Autorin ist erreichbar

unter Claudia.Hyna@MT.de

Wörter: 752
Autor/-in: Claudia Hyna
Seite: 9
Ressort: Petershagen
Rubrik: 401-MT
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Einzelausgabe
Auflage¹: 17.809 (gedruckt)
20.543 (verkauft)
29.355 (verbreitet)
Reichweite²: 0,04528 (in Mio)

¹IVW 4/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Endlagersuche: Zielmarke 2031 wird wohl gestrichen

BI sieht in neuer Entwicklung „ein Stück Ehrlichkeit“ und verweist darauf, dass die längere Zwischenlagerung in Gorleben nun „amtlich“ sei

Berlin/Gorleben. Das Bundesumweltministerium gibt laut Medienberichten das Ziel auf, bis zum Jahr 2031 einen Standort für ein Endlager für hoch radioaktiven Atommüll zu finden. Das berichtet der Deutschlandfunk. Demnach soll die Zielvorgabe in einem entsprechenden Referentenentwurf zur Novelle des Standortauswahlgesetzes gestrichen worden sein. Die Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) Lüchow-Dannenberg begrüßt das als „ein Stück Ehrlichkeit“ – und verweist darauf, dass die verlängerte Zwischenlagerung in Gorleben nun „amtlich“ sei.

Dass das Jahr 2031 für eine Standortbenennung nicht zu halten sein würde, hatte sich bereits abgezeichnet. Vor zwei Jahren war bekannt geworden, dass sich die Auswahl bis in die 2070er-Jahre hinziehen könnte. Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) sagte nun im Bundestag, er ha-

be von diesem jüngsten Entwurf aus seinem Haus keine Kenntnis gehabt. Er habe sein Ministerium angewiesen, die Maßnahmen zur Suche nach einem Endlager zu beschleunigen. Dieses dürfe nicht erst im nächsten Jahrhundert gebaut werden. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) erklärte auf Anfrage des Deutschlandfunks lediglich, dass Gespräche liefen, die man nicht kommentieren wolle. Auch das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) gab keinen Kommentar ab.

BI-Sprecher Wolfgang Ehmke sagt zur neuen Entwicklung: „Die ursprüngliche Zielmarke war populistisch, der Öffentlichkeit sollte suggeriert werden, dass die gefährlichen, hoch radioaktiven Abfälle möglichst bald von der Oberfläche verschwinden.“ Die Gesetzesnovelle zielt aber auch darauf ab, die End-

lagersuche zu beschleunigen, damit sie nicht auf den Sankt-

Nimmerleins-Tag verschoben wird.

Vor allem ergeben sich aus Sicht der BI Folgen für Lüchow-Dannenberg. „Damit haben wir es nun amtlich, dass die Lagerung der Castorbehälter in den 16 Zwischenlagern weitere 80 bis 100 Jahre dauern wird. Wir erwarten von der Gorleben-Betreiberin BGZ nun ebenfalls, dass sie sich in ihrem Genehmigungsantrag, den sie Mitte des Jahres stellen will, ehrlich macht.“ Bekanntlich läuft die Genehmigung für das Zwischenlager 2034 aus. Die BGZ strebt eine Verlängerung an. Dazu wolle sie den Antrag im Sommer bei der Genehmigungsbehörde, dem BASE, einreichen, hieß es zuletzt. Dieser werde sich auf die eingelagerten 113 Behälter mit hoch radioaktiven Abfällen beziehen.

Wörter: 342
Autor/-in: VON CHRISTIAN FRANKE
Seite: 3 bis 3
Rubrik: LOKALES
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2026
Nummer: Ausgabe 55, 2026
Ausgabe: Einzelausgabe
Auflage¹: 8.793 (gedruckt)
9.648 (verkauft)
9.928 (verbreitet)
Reichweite²: 0,01418 (in Mio)

¹ IVW 4/2025

² AGMA ma 2025 Tageszeitungen

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



FOCUS ONLINE

Deutschlands wahrer Atomausstieg wird noch bis 2100 dauern

5. März 2026 11:35 | Medienart: Online | Visits/Monat: 200.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Drei Schritte fehlen

Deutschlands wahrer **Atomausstieg** wird noch bis 2100 dauern Donnerstag , 05.03.2026 , 11:35 Eigentlich sollte 2031 ein Standort gefunden werden, um den deutschen **Atom Müll** endzulagern. Doch ein interner Entwurf aus dem Umweltministerium nimmt Abstand von diesem Datum – Experten gehen sogar davon aus, dass sich die Lagerung bis ins 22. Jahrhundert ziehen könnte. Was dauert da so lang?

Wenn umgangssprachlich vom **Atomausstieg** geredet wird, dann gilt der 15. April 2023 als festes Datum. Doch das greift zu kurz. Der Ausstieg ist mit dem Abschalten der AKW noch lange nicht beendet. Die Anlagen müssen in den kommenden Jahrzehnten noch zurückgebaut und teilweise dekontaminiert werden. Zudem gibt es weiterhin Kernreaktoren in Deutschland, nur nicht mehr in kommerzieller Nutzung. Sechs Forschungsreaktoren in Stuttgart, Mainz, Ulm, Furtwangen, München und Dresden sind noch in Betrieb. In Gronau in Niedersachsen gibt es zudem noch eine Anlage zur Anreicherung von Uran zur Herstellung von Brennstäben. Und: Insgesamt 27.000 Kubikmeter radioaktiver Abfälle müssen zwischen- und endgelagert werden. Ursprünglich sollte bis 2031 ein **Endlager** gefunden sein, so will es das sogenannte Standortauswahlgesetz (StandAG) aus dem Jahr 2017. Doch Experten halten das Datum schon lange für utopisch. Das zuständige Umweltministerium scheint dem zuzustimmen: In einem seit einigen Tagen kursierenden Referentenentwurf taucht das Zieldatum 2031 nicht mehr auf. Ein Gutachten von 2024 geht sogar davon aus, dass die **Endlager**-Suche noch bis in die 2070er hinein dauern könnte. Bis die **Endlager** dann mit allen Abfällen gefüllt sind, könnten wir schon das 22. Jahrhundert schreiben.

Aber was ist am deutschen **Atomausstieg** so kompliziert? Drei Schritte müssen noch gegangen werden, bis der **Atomausstieg** in Deutschland wirklich vollzogen ist – FOCUS online Earth gibt den Überblick.

1. Der Rückbau der **Atomkraftwerke** 37 kommerzielle **Atomkraftwerke** wurden zwischen 1958 und 1982 in Deutschland errichtet. Nur drei davon sind mittlerweile zurückgebaut. Das AKW Großwelzheim, welches nur von 1970 bis 1971 in Betrieb war, das AKW Niederaichbach, welches von 1973 bis 1974 Strom lieferte sowie die AKW Karlsruhe und Kahl, die von 1966 bis 1984 beziehungsweise 1962 bis 1985 in Betrieb waren. Ersteres war ein Forschungsreaktor, der aber auch Strom ins Netz einspeiste. Faktisch haben alle drei den Status der „grünen Wiese“ erreicht. Als solchen bezeichnen Experten den erfolgreichen Rückbau eines **Atomkraftwerkes**. Gemeint ist damit, dass ab diesem Zeitpunkt Gebäude und Gelände nicht mehr wegen Radioaktivität überwacht werden müssen. Sie können ab dann theoretisch anderweitig genutzt

werden – oder eben als Brachfläche. Von den nach 2011 abgeschalteten AKW hat noch keines diesen Status erreicht. Das wird auch noch lange dauern. Rund 15 bis 20 Jahre sind für den Rückbau je Kraftwerk eingeplant. Das AKW Unterweser – 2011 abgeschaltet – könnte nach jetzigen Planungen das erste sein, das ihn abschließt. Geplant ist das Jahr 2031. Aber warum das alles so lange? Beim Rückbau eines AKW gibt es zwei unterschiedliche Bereiche. Am einfachsten sind alle Gebäude und Gebäudeteile zu entsorgen, die mit dem eigentlichen Reaktor wenig zu tun haben. „Dabei handelt es sich um ganz normalen Bauschutt“, erklärt Sven Dokter, Pressesprecher der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS). Danach geht es an die radioaktiv kontaminierten Bauteile. Die werden in drei Grade unterteilt.

Nur oberflächlich radioaktive Teile können schlicht dekontaminiert und dann wie Bauschutt entsorgt werden. Dabei handelt es sich etwa um Rohre, durch die jahrelang radioaktiv verseuchtes Wasser floss. Mit der Zeit lagert sich ein Film radioaktiver Materialien an der Innenseite des Rohres ab. Der kann beispielsweise mit Wasser- oder Sandstrahlern entfernt werden und ist in der Regel nur schwach radioaktiv. Nach einer Überprüfung werden diese Teile dann uneingeschränkt freigegeben. Schwach radioaktive Bauteile lassen sich so nicht mehr reinigen. Oft ist die von ihnen ausgehende Strahlung aber nicht allzu gefährlich. Solche Bauteile bekommen eine eingeschränkte Freigabe. Metallteile lassen sich etwa oft einschmelzen und weiternutzen, andere Bauteile können etwa als Beimischung in Straßenbelag gefahrlos genutzt werden. Das größte Problem geht von aktivierten Bauteilen aus. Das sind meist solche aus dem Reaktor selbst. Sie wurden teils über Jahrzehnte hoher Strahlung ausgesetzt. Diese verändert dabei mit der Zeit die chemische Struktur der Atome in den Bauteilen, so dass radioaktive Stoffe entstehen. Die lassen sich nicht mehr reinigen, sie müssen am Ende mit anderen hochradioaktiven Elementen in ein Endlager. Auch wenn der Rückbau eines AKW deswegen sehr lange dauert, ist er technisch kein großes Problem. „Im internationalen Vergleich haben wir damit in Deutschland einiges an Erfahrung“, sagt Dokter. Immerhin gingen auch vor dem offiziellen Atomausstieg schon 20 Reaktoren in Deutschland vom Netz. Auch andere Länder haben in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder einzelne Kraftwerke stillgelegt und zurückgebaut.

2. Die Zwischenlager Beim Rückbau entstehen also radioaktive Abfälle, die irgendwann in ein Endlager müssen. Gleiches gilt für die abgebrannten Brennelemente aus rund 60 Jahren Atomkraft in Deutschland. Teilweise schickten die Betreiber diese zu Wiederaufbereitungsanlagen in La Hague in Frankreich und Sellafield in Großbritannien. Nach ihrem Einsatz in einem Reaktor enthalten Brennelemente noch Reste von spaltbarem Uran und Plutonium, die in diesen Anlagen wiedergewonnen werden. Dabei entstehen flüssige, hochradioaktive Abfälle, die in Glas eingeschmolzen und wieder nach Deutschland zurück transportiert werden. Alle radioaktiven Abfälle befinden sich bis heute in Zwischenlagern. Davon gibt es an jedem alten AKW-Standort eines, hinzu kommen zwei bundesweite Lager in Gorleben in Niedersachsen und Ahaus in Nordrhein-Westfalen. Die letzteren beiden bieten jeweils Platz für 420 Castor-Behälter. „Der Schutz vor der Strahlung wird im Wesentlichen durch die Behälter gewährleistet“, sagt Dokter. Die Lagerräume selbst bieten hingegen meist kaum Schutz vor Strahlung. Für schwach radioaktive Teile gibt es eigene Lagerräume, in denen diese bis zu ihrer Entsorgung verbleiben. Der Name „Zwischenlager“ impliziert bereits, dass diese nicht für die Ewigkeit gedacht sind. Ursprünglich wurden die Betriebsgenehmigungen für alle Zwischenlager für je 40 Jahre ausgestellt. An den zentralen Standorten Gorleben und Ahaus laufen sie 2034 beziehungsweise 2036 aus. Stand heute ist es aber sehr wahrscheinlich, dass die Lager noch länger benutzt werden müssen. Sicherheitstechnisch ist das nur ein geringes Problem. Das Entsorgungswerk für

Nuklearanlagen (EWN) kommt nach Studien zu dem Schluss, dass die Castor-Behälter grundsätzlich auch länger als 40 Jahre sicher sind. Die offizielle Begrenzung orientierte sich daher eher an den damaligen Endlager-Plänen. Entsprechend ließe sich die Betriebsgenehmigung auch verlängern. Dass aus den Zwischenlagern irgendwann de facto Endlager werden, hält Doktor aber für ausgeschlossen. „Es besteht in der Forschung weltweit Einigkeit, dass ein Endlager in tiefen geologischen Schichten die sicherste Methode ist, hochradioaktive Abfälle langfristig sicher zu entsorgen.“ Alternativen dazu gibt es kaum. Wissenschaftler weltweit forschen etwa an einer Methode namens „Transmutation“. Dabei werden hochradioaktive Stoffe aus den abgebrannten Brennelementen mit Neutronen beschossen. Dadurch wandeln sich die ursprünglichen Stoffe in andere um. Manche radioaktive Isotope mit Halbwertszeiten von mehreren Millionen Jahren können so eliminiert werden. An Transmutation wird seit den 1990er Jahren geforscht. Die beste Idee ist, spezielle Brut-Reaktoren dafür zu nutzen, denn schließlich wird auch bei Transmutation Energie freigesetzt. Allerdings klappt das bis heute nur in Forschungsreaktoren. Zwei russische Reaktoren können zumindest Teile von Brennstäben auf diese Weise wiederverwenden. Selbst wenn, wäre das keine Lösung für abgebrannte Brennstäbe aus Deutschland. Das Gesetz verbietet es, radioaktiven Müll ins Ausland zu verkaufen.

3. Das Endlager So bleibt also nur der Bau eines Endlagers als Lösung. Für ein solches gibt es hohe Anforderungen. Die hoch radioaktiven Elemente müssen hier für mindestens eine Million Jahre sicher eingelagert werden. Zudem soll ein Endlager so konstruiert sein, dass es für mindestens 500 Jahre wieder geöffnet werden kann. Als geeignet gelten Tiefen von mindestens 300 Metern. Weltweit gibt es heute noch kein einziges befülltes Endlager für hochradioaktive Abfälle. Am nächsten ist Finnland dran. In Onkalo baute der finnische Kraftwerksbetreiber TVO zunächst ein Lager für schwach- bis mittelradioaktive Abfälle, danach eins für hochradioaktive Abfälle. Es besteht aus einer Reihe von Stollen, die bis zu 430 Meter tief in Granit-Felsen getrieben wurden. Derzeit läuft eine testweise Befüllung, für die die endgültig verwendeten Behälter mit Kupfer ummantelt werden. Das korrodiert extrem langsam und gilt daher als besonders langlebig. Granit-Endlager haben den Nachteil, dass der Fels oft zerklüftet und damit nicht völlig wasserdicht ist. Es besteht also die kleine Wahrscheinlichkeit, dass radioaktive Teile hier in die Umwelt gelangen. Finnland plant, das Lager 100 Jahre lang mit radioaktivem Abfall zu befüllen und dann mit dem ausgehobenen Gestein sowie Bentonit-Schichten zu versiegeln. Neben Finnland hat Schweden 2022 mit dem Endlager-Bau begonnen, Frankreich und die Schweiz haben sich zumindest auf Orte geeinigt. So weit ist Deutschland noch nicht. Ursprünglich sollte am Standort des Zwischenlagers Gorleben auch ein Endlager entstehen. 1986 startete hier der Bau eines Erkundungsbergwerkes. Nach langen Diskussionen und einem zehnjährigen Erkundungsstopp von 2000 bis 2010 beschloss das Bundesumweltministerium 2021 das Ende für das Endlager Gorleben. Stattdessen soll jetzt ein neuer Standort gesucht werden. Theoretisch ist das in Deutschland nicht schwer. „Wir haben alle drei Wirtsgesteine zur Auswahl, die wissenschaftlich als geeignet für ein Endlager gelten“, sagt Doktor. Das erste ist Salz. Die haben einen großen Vorteil: Mit der Zeit würde das Salz die Endlager-Behälter dicht und fest umschließen. Sie wären so besonders sicher. Das zweite ist Tongestein. Auch dieses gilt als äußerst wasserdicht. Sollten die Behälter hier nach tausenden von Jahren versagen, wäre das Gestein ein natürlicher Schutz. Als drittes gibt es auch in Deutschland Kristallin-Gesteine, zu denen etwa das in Finnland genutzte Granit gehört. Sie sind auch für Endlager geeignet, da das Gestein aber zerklüfteter ist, müssten die Behälter wie in Finnland mit Kupfer ummantelt werden. Die gesetzlich vorgeschriebene Frist bis 2031 wird gerissen werden – da sind sich alle Beteiligten einig. Der Bundestag müsste also ebenfalls per Gesetz die Frist verlängern. Sollte ein Ort gefunden sein,

könnte der Bau beginnen. Zwar ist der technisch mit dem Bau eines Bergwerks vergleichbar, hat aber einige Tücken. In der Theorie werden zwei Schächte in die gewünschte Tiefe gegraben und dort dann ein Netz von Stollen angelegt. In dieses müssten die **Endlagerbehälter** -Behälter hinabgelassen werden. Allein das wird lange dauern. Rund 17.000 Tonnen hochradioaktiven Abfall werden nach einer Prognose des **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung** anfallen. Das entspricht rund 1800 Behältern. Würde pro Woche ein Behälter eingelagert, wären alle Behälter erst in 35 Jahren endgelagert. Schafft der Betreiber zwei Behälter pro Woche, dauert es immer noch etwas mehr als 17 Jahre. Sobald alle Behälter angekommen sind, muss das **Endlager** versiegelt werden. Dazu wird der Aushub aus Salz, Ton oder Kristallin wieder eingefüllt, wobei Schichten aus Bentonit in Abständen für besondere Sicherheit sorgen sollen. Erst dann wäre der **endgültige Atomausstieg** erreicht. Die Zeiträume lassen es also unwahrscheinlich erscheinen, dass heute lebende Personen im mittleren Alter diesen Tag noch erleben werden. Der Rückbau des letzten **Atomkraftwerkes** läuft noch mindestens bis 2046. Ebenso lange könnte die Suche nach einem **Endlager** dauern. Erfahrungen aus Finnland zeigen, dass der Bau eines **Endlagers** weitere 15 bis 25 Jahre in Anspruch nimmt. Darauf folgen dann mehrere Jahrzehnte für die Befüllung. Insgesamt wäre also 2078 ein optimistischer Termin für den **endgültigen Atomausstieg**. Pessimistisch könnte es bis deutlich ins 22. Jahrhundert dauern.
